

Tiefenlager wird deutlich abgelehnt

Sozioökonomische Studie 71 Prozent sind dagegen, lediglich 15 Prozent bejahen es

VON BEAT WYTTENBACH

Die Sozioökonomische Studie (siehe Seite 19 dieser Ausgabe) äussert sich auch zu einem Tiefenlager für schwach- und mittelradioaktive Abfälle (SMA) im Niederamt. Die Bevölkerungsbefragung zeige, so Studienmitverfasser Heinz Rütter, dass die Niederämterinnen und Niederämter ein Lager für radioaktive Abfälle deutlich ablehnten: Nur 15 Prozent beurteilten ein solches positiv gegenüber 71 Prozent, die es ablehnten.

Negative Imagewirkungen erwartet

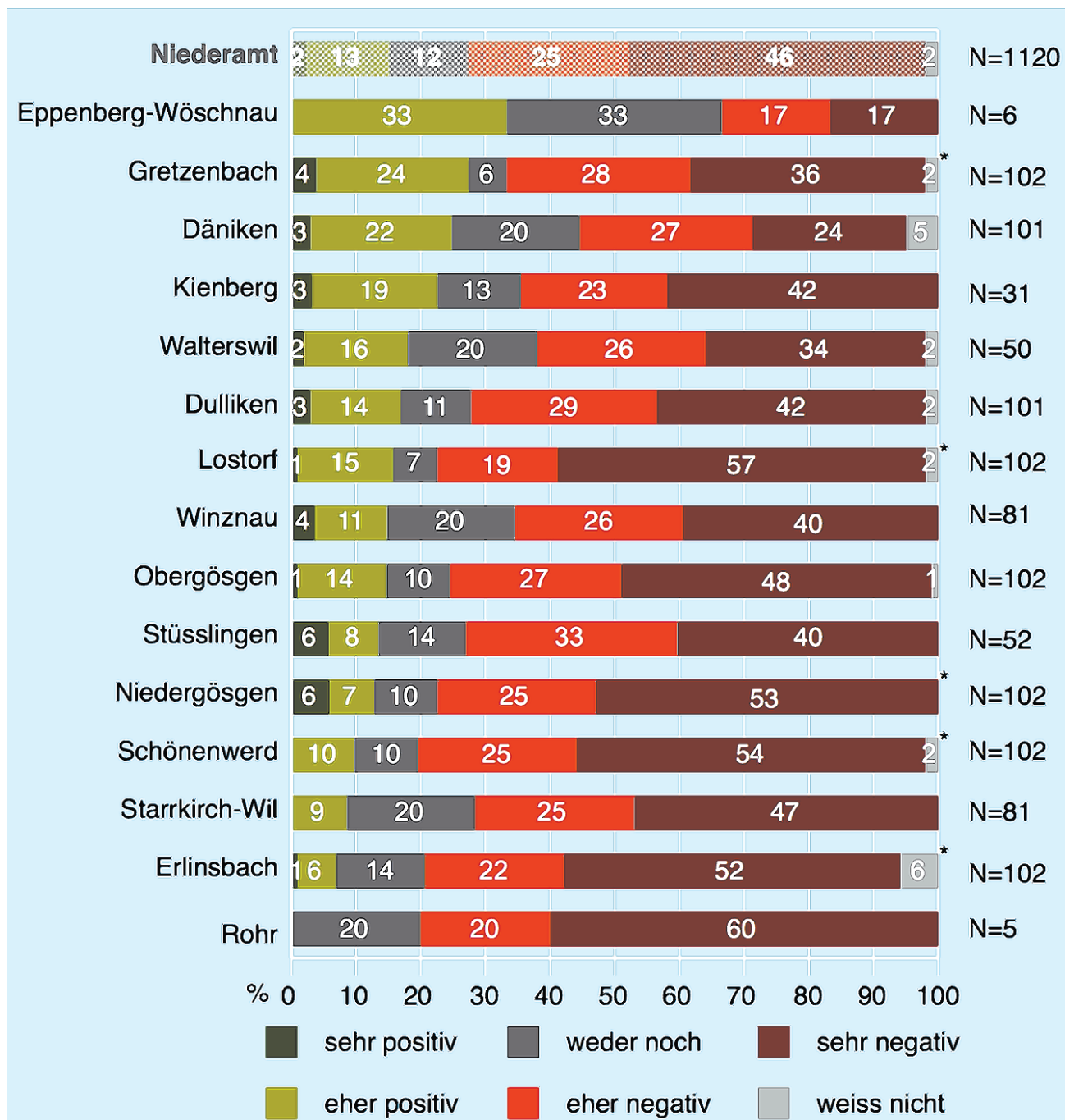
Die wirtschaftliche Bedeutung eines Tiefenlagers für SMA-Abfälle sei weit geringer. Nur etwa 30 Vollzeitstellen und eine jährliche Bruttowertschöpfung von rund vier Mio. Franken seien im Durchschnitt über die gesamte Projekt-

«Es wird ein substanzieller Beitrag an Abgeltungen erwartet.»

Heinz Rütter,
Studienmitverfasser

dauer bis ins Jahr 2101 zu erwarten. Die direkte und indirekte Beschäftigungswirkung während der Betriebsphase betrage 0,3 Prozent der regionalen Beschäftigung, die direkte und indirekte Betriebsphase betrüge 0,4 Prozent des BIP. Die grössten Wirkungen auf die Region dürften hier von Abgeltungszahlungen ausgehen. «Es wird ein substanzieller Beitrag an Abgeltungen erwartet», erläuterte Rütter. Viele der Befragten würden, analog zu einem KKN, negative Imagewirkungen erwarten.

Die ganze Studie kann heruntergeladen werden unter www.niedergoesgen.ch sowie bei den Verfassern unter www.ruetter.ch/cs/aktuell/news.html.



Diese Grafik widerspiegelt die Antworten der Bevölkerung zu einem Tiefenlager. BÜRO RÜTTER UND PARTNER

Vier Präsidenten, vier Meinungen

«PK-Gäste» Stellungnahmen zur Sozioökonomischen Studie

VON BEAT WYTTENBACH

An der Pressekonferenz waren auch vier Niederämter Gemeindepräsidenten quasi als «Zaungäste» zugegen. Wie haben sie die Präsentation erlebt, und wie beurteilen sie die Studie? «Es ist ein Resultat zustande gekommen, das eine gute Ausgangsbasis bietet. Nun können wir Rahmenbedingungen für die Gemeindevertreter schaffen», erklärte **Peter Hodel**, Gemeindepräsident von **Schönenwerd**. Eine wichtige Erkenntnis für ihn sei, dass das KKG ein grosses Vertrauen geschaffen habe, das KKN hingegen mit einem gewissen Unbehagen aufgenommen werde. Entsprechend bedeutete dies kein automatisches Ja zu einem neuen Kernkraftwerk im Niederamt. «Die Studie ist eine seriöse Buez, die Ansichten der Bevölkerung werden darin zum Ausdruck gebracht», hielt Hodel fest.

Nutzen versus Ängste

Obergösgens Gemeindepräsident **Christoph Kunz** nahm wie folgt Stellung: «Die Pressekonferenz war gut, und Dr. Rütter präsentierte eine ausgezeichnete Studie». Inhaltlich sei der Eindruck entstanden, dass in der Zusammenfassung vor allem der ökonomische Nutzen gewürdigt worden sei. Dem stünden aber die Ängste der Bevölkerung vor der Atomkraft im Grundsatz, der Sicherheit, dem Parallelbetrieb, dem Image, dem Verkehr, der Landschaft oder der Siedlungsstruktur gegenüber. «Man muss zur Kenntnis nehmen, dass im Niederamt – und teils signifikant unter den Gemeinden – eine für manche unerwartet hohe Skepsis oder Ablehnung gegenüber den angestrebten Projekten besteht. Wir nehmen diese Studie sehr ernst und werden sie gerade im Hinblick auf die regionale Entwicklung eingehend prüfen», so Kunz.

«Das KKG ist bei uns akzeptiert»

Die Studie sei «ein umfassendes Werk, das interessante Aspekte liefert», meinte **Dänikens** Gemeindepräsident **Gery Meier**. Sie habe ihm gezeigt, dass es sich dabei um ein Thema von nationaler Bedeutung handle. Der Umstand, dass je ein Drittel für oder gegen das KKG sei und ein weiteres Drittel dazu keine Meinung habe, überrasche ihn nicht, das habe er gewusst. Zum Tiefenlager bemerkte er, dass sich die Nagra eine «Informationspanne» geleistet habe. Die Region Jura-Südfuss habe man früh als «wenig geeignet» klassifiziert und sie damit aus dem Spiel genommen. Für Däniken habe die Studie keine konkreten Auswirkungen. «Das KKG ist bei uns akzeptiert».

«Dominanz des Geldes ist erdrückend»

Am kritischsten äusserte sich **Dullikens** Gemeindepräsident **Theophil Frey**. Er habe die Präsentation zwar gut gefunden, wenn auch ein bisschen wirtschaftslastig. Was für ihn zu wenig zum Zug gekommen sei, seien die landschaftlichen Aspekte, so der Geograf, der im Bereich Raumplanung doktoriert hatte. Das Niederamt sei eine «kleine Geländekammer, die durch das KKG belastet wird». Wenn das KKN gebaut werde, befürchte er, dass das Landschaftsbild noch grösseren Schaden nähme. Die Studie gehe darauf zu wenig ein. Jedoch drücke sie die Stimmung der Bevölkerung gut aus. Was ihm aber fehle, seien die Stimmen jener, die in den vergangenen zwei Jahren ins Niederamt gezogen seien; diejenigen, welche schon lange hier wohnten, hätten sich ans KKG gewöhnt. «79 Prozent der Neuzuzüger lehnen nämlich einen Parallelbetrieb ab; eine Erkenntnis, die für mich als Gemeindepräsident wichtig ist», hielt er fest. Er befürchtete darüber hinaus, dass es mit dem Bau eines KKN weniger Neuzuzüger gäbe. «Ich habe bei der ganzen Sache einmal mehr gespürt, dass die Natur und die Landschaft keine Lobby haben; die Dominanz des Geldes ist erdrückend», bemerkte Frey mit leicht bitterem Unterton.

«Keine Kernanlagen für das Niederamt»

Stellungnahmen Der Verein «Niederamt ohne Endlager» (NoE) und die Regionalgruppen Solothurn und Aargau von «Nie wieder Atomkraftwerke» (NWA) äussern sich.

Wie der Verein «Niederamt ohne Endlager» (NoE) feststellt, sei bezüglich der Sozioökonomischen Studie jeder zehnte Haushalt angefragt worden, was «eine grosse Repräsentanz garantiert». Und die Resultate liessen an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Somit könne man sagen: «Demokratisch gesehen, ist das Endlager tot.» Es könne festgestellt werden, dass die Bevölkerung im Verhältnis 80:20 Prozent gegen die Atomendlagerpläne eingestellt sei. «Dies entspricht auch der Einschätzung des Vereins «Niederamt ohne Endlager» und ist ein Auftrag an die Gemeinden und vor allem den Kanton, sich dementsprechend gegen die Nagrapläne zu wehren.»

Wenn im Niederamt nicht einmal mehr für die Pläne für ein zweites KKW als Parallelbetrieb zu Gösgen eine Mehrheit festgestellt werde, seien die Pläne für ein Endlager aufzugeben. Die Region Niederamt habe offensichtlich genug, alle Atomlasten tragen zu müssen. «Jetzt längts», das war schon bei der Gründung des Vereins «Niederamt ohne Endlager» ein wichtiges Motiv, so der Verein NoE.

Neben der grossen Bevölkerungsbefragung seien auch andere Fragen untersucht worden. Dabei habe man festgestellt, dass dem grossen Image-

schaden nicht einmal positive wirtschaftliche Gründe gegenüberstünden. Wertschöpfung, Steuereinnahmen und Beschäftigung würden von den Verfassern der Studie im Vergleich zur regionalen Wirtschaftsleistung als gering eingestuft. «Die Aussagen zum Endlager sind klar und deutlich, ein solches Lager kommt für das Niederamt nicht in Frage. Diese Resultate sollten für den Kanton eine Grundlage für die kantonale Stellungnahme zum Projekt Endlager sein. Der Verein Niederamt ohne Endlager hofft und erwartet nun, dass die Schweiz die Haltung des Niederamtes ernst

nimmt», so der Verein NoE in seinem Communiqué.

«Kein guter Deal fürs Niederamt»

NWA-Solothurn und NWA-Aargau ihrerseits halten zur Studie fest: «Das Kernkraftwerk Gösgen war kein guter Deal für das Niederamt». Gemäss der Studie habe sich das Niederamt in den letzten Jahrzehnten unter seinem Potenzial entwickelt. Der auf den ersten Blick hohe Anteil von 21 Prozent an der regionalen Bruttowertschöpfung habe fast keine Wirkung im Niederamt. Der relevantere Beschäftigungsbeitrag von sechs Prozent sowie der

Anteil an den regional erhobenen Steuern, Abgeltungen und Abgaben entsprächen bloss denen eines mittelgrossen Unternehmens. Dafür sei der Imageschaden grösser.

Die sozioökonomischen Effekte eines Kernkraftwerks Niederamt (KKN) und eines Tiefenlagers für schwach- und mittelaktive Abfälle (SMA) wären ebenfalls negativ. Die Bruttowertschöpfung eines KKN würde grösser, aber kapitalintensiver sein und damit praktisch bedeutungslos für das Niederamt. Der Beschäftigungsbeitrag wäre mit sieben Prozent immer noch recht gering. Steuern, Abgeltungen und Abgaben wären wohl um einiges höher als heute, aber immer noch von der gleichen Grössenordnung. «Fazit: Durch etwas aggressiveres Standortmarketing könnten andere Firmen angesiedelt werden, welche den gleichen Steuerertrag einbringen, viel mehr Arbeitsplätze generieren und zu keinem Imageverlust führen. Eine geschickte Diversifizierung würde darüber hinaus das bestehende Klumpenrisiko verringern, so NWA.

Das Niederamt lehne neue Kernanlagen ab, wie die Zahlen der Studie gezeigt hätten. Die von der Alpiq und den Gemeindepräsidenten gepriesene gute Akzeptanz in der Bevölkerung gäbe es nicht. Als Konsequenz dieses Berichts fordere NWA, dass die Gemeindepräsidenten Niederamt die Meinung der Bevölkerung respektieren mögen und sich gegen den Bau eines zweiten Kernkraftwerks und Tiefenlagers in der Region einsetzen sollen. Zudem sollen die Behörden sämtlicher Gegenden, in denen neue Kernanlagen geplant seien, sich gegen diese wehren und alternative Entwicklungspläne für ihre Regionen vorlegen», fordern die beiden NWA-Kantonalsektionen. (PD/OTR)

■ ALPIQ ERKENNTNISSE BERÜCKSICHTIGEN

Die Alpiq nehme die Resultate der im Auftrag der GPN erstellten Sozioökonomischen Studie mit Zufriedenheit zur Kenntnis. Dass die Meinungen zu den beiden untersuchten Projekten geteilt seien, sei aus ihrer Sicht **nachvollziehbar**, denn die Bevölkerung sei durch die parallel laufenden Diskussionen und die Ungewissheit bezüglich der Realisierung eines oder beider Projekte **stark verunsichert**.

Dennoch erstaunten die Werte der Akzeptanz für ein neues KKW. Eigene Erkenntnisse sowie insbesondere ein Blick auf die letzten eidgenössischen Abstimmungen zu nationalen Kernenergie-

vorlagen zeigten sehr viel höhere Zustimmung, als die Studie festgestellt habe. Die Studie selbst gebe an, dass **59 Prozent der Niederämter für die Nutzung der Kernenergie einstünden**. Gemäss den Autoren sei damit die generelle Einstellung im Niederamt deutlich positiver als in der restlichen Schweiz. Die Erkenntnisse aus den Gesichtspunkten gesellschaftliche Wirkungen, Einschätzung durch die Bevölkerung, Wirtschaft und Beschäftigung, bildeten «eine umfassende und stabile Grundlage für die weiteren Diskussionen mit den Behörden und der Bevölkerung im Nieder-

amt». Dabei sei es wichtig, zu den einzelnen Punkten **die ganzen Erkenntnisse der Studie in Betracht zu ziehen**. «Wie erwartet, zeigt die Studie auf, dass das KKG – und zu einem späteren Zeitpunkt ein allfälliges neues KKN – **bezüglich Arbeitsplätzen und Steuern einen wichtigen Faktor in der Region darstellt**.» Insgesamt begrüsse die Alpiq die Studie und dass sie der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werde. Daraus könne sich «der wichtige Dialog zur Meinungsbildung weiter entwickeln» hält das Unternehmen in seiner Medienmitteilung abschliessend fest. (PD/OTR)